

# FREIE WÄHLER

## im Landtag Rheinland-Pfalz

### Kurz notiert

#### Koalitionsvertrag: Nichts Gutes für Kommunen

Der Koalitionsvertrag für die neue Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD steht. Aus Sicht der Gruppe FREIE WÄHLER im Landtag kommt es nun für die rheinland-pfälzischen Kommunen knüppeldick. Für Patrick Kunz, kommunalpolitischer Sprecher der parlamentarischen Gruppe FREIE WÄHLER, enttäuscht das Dokument insbesondere im Hinblick auf die Kassenkredite der Gemeinden auf ganzer Linie: „Nicht nur, dass keine Rede mehr von einer hälftigen Übernahme der Altschulden durch den Bund ist – es stehen lediglich 250 Millionen Euro pro Jahr für Maßnahmen der Länder zur Verfügung, die ihre Kommunen entlasten. Nein, wir gehen offenbar komplett leer aus, da diese Mittel nicht rückwirkend zur Verfügung stehen, sondern erst ab dieser Legislaturperiode. Das ist eine Katastrophe für unsere kommunale Familie, die durch die desastriöse Neuregelung des Landesfinanzausgleichsgesetzes ohnehin unter finanziellem Druck steht.“

#### Wir informieren auf allen Kanälen

Im Zuge der Auflösung der Fraktion und Neubildung unserer parlamentarischen Gruppe haben wir auch die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit neu organisiert. Mit unserem Newsletter werden wir künftig jeden, der sich für unsere Arbeit interessiert, in regelmäßigen Abständen informieren. Auch haben wir unseren Internetauftritt und die Auftritte in den Sozialen Medien redaktionell neu gestaltet. Die traditionellen Pressemitteilungen gibt es natürlich weiter. Was wir noch vorhaben? Wir planen derzeit eine verstärkte Präsenz in bewegten Bildern und wollen kurze Clips produzieren.



Für Sie im Mainzer Landtag (von links): Patrick Kunz, Stephan Wefelscheid, Lisa-Marie Jeckel (stellvertretende Vorsitzende) und Helge Schwab (Vorsitzender). Foto: Landtag Rheinland-Pfalz

## 6 Monate parlamentarische Gruppe im Landtag

### Bilanz und Ausblick – FREIE WÄHLER: sachorientiert und bodenständig

**MAINZ.** Die parlamentarische Gruppe der FREIEN WÄHLER hat im rheinland-pfälzischen Landtag Fuß gefasst. Nach einem stürmischen Jahr 2024 inklusive unseres Neustarts im Herbst konnten wir uns – Helge Schwab, Lisa-Marie Jeckel, Patrick Kunz, Stephan Wefelscheid – in den vergangenen Wochen und Monaten als Gruppe konsolidieren, was sich nicht zuletzt in unserer parlamentarischen Arbeit niederschlägt.

In den diesjährigen Plenarsitzungen gelang es uns, starke inhaltliche Akzente in den Bereichen Kommunales, Bildung und Gesundheit zu setzen. Ein Beispiel ist unsere parlamentarische Initiative für klare Regelungen für die Nutzung privater mobiler Endgeräte an rheinland-pfälzischen Schulen, mit der wir eine wichtige De-

batte angestoßen haben. Auch haben wir die stark verbesserungswürdige Lage in den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern im Plenum thematisiert. Und schließlich konnten wir – passend zur aktuellen höchst problematischen Weltlage – eine Große Anfrage zum Thema IT-Sicherheit an rheinland-pfälzischen Rechenzentren auf den Weg bringen, wobei dem Bereich Künstliche Intelligenz (KI) eine besondere Rolle zukommt.

Alles in allem haben wir rund um den Datenschutz Themen auf die Agenda gesetzt, die unverständlicherweise vielerorts immer noch unterschätzt und oft sogar vernachlässigt werden. Wir könnten noch zahlreiche andere Beispiele nennen. Und das werden wir künftig in regelmäßigen Abständen tun. Genau deshalb werden wir

mit unserem Newsletter und unserem Netzauftritt [www.fw-landtag-rlp.de](http://www.fw-landtag-rlp.de) ausführlich über unsere Arbeit informieren. Wir werden dabei jedes Mal einen anderen Schwerpunkt setzen. Wir beginnen mit den kommunalen Finanzen.

Wir sind also breit aufgestellt – und trotzdem sind wir stolz auf unseren Markenkern als parlamentarischer Arm der Kommunalen Familie. Gerade in diesen außen- und innenpolitisch herausfordernden Zeiten braucht es eine geerdete Kraft der Mitte, die sich nicht von schrillen Marktschreibern mit radikalen Botschaften beeinflussen lässt. Dafür stehen wir FREIE WÄHLER im Landtag Rheinland-Pfalz: Sachorientiert, bodenständig und nah an den Problemen der Menschen in diesem Land.

**Kurz notiert**

**Bezahlkarte: Geisterfahrt der Landesregierung**

Katharina Binz, Integrationsministerin des Landes, hat den Kommunen empfohlen, bei der Einführung der Bezahlkarte für Flüchtlinge einen in bar abzuhebenden Betrag von 130 Euro anzuwenden. Ursprünglich hatten sich die Länder auf 50 Euro monatlich geeinigt. Für den innenpolitischen Sprecher der parlamentarischen Gruppe FREIE WÄHLER, Patrick Kunz, hat die Landesregierung die Zeichen der Zeit nicht verstanden: „Während beispielsweise Hessen, Bayern oder Nordrhein-Westfalen 50 Euro ansetzen, lockt Rheinland-Pfalz mit mehr als dem Doppelten. Die Bürger sollen wissen, dass so Ampel-Politik aussieht.“ Lisa-Marie Jeckel, integrationspolitische Sprecherin sieht in der Empfehlung ein fehlgeleitetes „weiter so“ der Landesregierung: „Wir haben bereits vor einem knappen Jahr im Rahmen eines Entschließungsantrags für eine Bargeldobergrenze von 50 Euro pro Monat geworben. Ich bin aber hinsichtlich den neuerlichen Aussagen von Ministerin Binz nicht überrascht, wengleich sich Rheinland-Pfalz somit auf einen ähnlichen Weg begibt wie beim Festhalten an den Straßenausbaubeiträgen: Die Landesregierung macht sich zum politischen Geisterfahrer.“

**Mehr Bürokratie durch Wärmeplanungsgesetz?**

Nach der Expertenanhörung im Fachausschuss und dem Votum des Landtags ist das Wärmeplanungsgesetz in trockenen Tüchern. Patrick Kunz, energiepolitischer Sprecher der parlamentarischen Gruppe FREIE WÄHLER, begrüßt, dass im Gesetz die besondere Rolle von Städten und Gemeinden bei der Umsetzung anerkannt wird und es jetzt für kommunale oder private Versorgungsunternehmen einen verbindlichen Rahmen für die Zukunftsplanung gibt. Aber: Es drohen auch neue bürokratische Hürden, weil in den Beantragungsverfahren womöglich zu viele Stellen eingebunden sind.

**Parlamentarier müssen breit aufgestellt sein**

**Serie „FW-Gruppe vorgestellt“ – Teil 1: Vorsitzender Helge Schwab**

**MAINZ.** Wir für Sie im rheinland-pfälzischen Landtag: Unter dieser Devise startet mit dieser ersten Ausgabe eine kleine Serie, in dem die Abgeordneten der parlamentarischen Gruppe FREIE WÄHLER sich bei Ihnen vorstellen. Den Anfang macht unser Vorsitzender Helge Schwab.

Bildung, Landwirtschaft und Weinbau, Umwelt: Das sind die Schwerpunkte der Arbeit von Helge Schwab innerhalb der FREIEN WÄHLER im Landtag. In diesen Bereichen ist der Vorsitzende auch Sprecher der parlamentarischen Gruppe, deren Mitglieder sich das breite Themenspektrum im Mainzer Landtag aufgeteilt haben.

So ist Lisa-Marie Jeckel stellvertretende Vorsitzende und Gesundheitspolitische Sprecherin, Patrick Kunz ist Innenpolitischer Sprecher sowie Sprecher für Klima, Energie und Mobilität. Und Stephan Wefelscheid zeichnet unter anderem als Sprecher für die Bereiche Wirtschaft und Recht verantwortlich. Die vier Parlamentarier haben eines gemeinsam: ihre starke Verwurzelung in den Heimatkommunen,

wo sie auch ehrenamtlich tätig sind. So ist Helge Schwab Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Hüffler, Mitglied des Kreistages des Landkreises Kusel, wo er bereits Sprecher der FWG-Fraktion sowie Kreisbeigeordneter war. Außerdem war er ehrenamtlicher Beigeordneter der Verbandsgemeinde Glan-Münchweiler. In der neuen Verbandsgemeinde Oberes Glantal ist er seit deren Fusion stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler Gruppe. Sowohl beim GStB, als auch beim Landkreistag ist er Mitglied des Vorstandes.

Helge Schwabs Terminkalender ist also prall gefüllt. Ob er dann noch Zeit für Hobbys hat? „Derzeit kaum, aber ich spiele gern Klavier. Schon als Kind habe ich eine klassische Klavierausbildung begonnen“, erklärt der heute 53-Jährige, der übrigens kein waschechter Westpfälzer ist, sondern in Ittlingen im Landkreis Heilbronn geboren wurde. Hier verbrachte der verheiratete Vater eines erwachsenen Sohns seine Kindheit und die Jugendzeit. Und dann, nach der Schulzeit, rief die Bundeswehr.

Helge Schwab entschied sich zuerst für eine Laufbahn der Unteroffiziere als Soldat auf Zeit – und wurde schließlich Berufssoldat, wobei sein Schwerpunkt im Sanitätsdienst lag, wo er zunächst gründlich in der Krankenpflege, dann in den Bereichen Anästhesie und Rettungswesen ausgebildet wurde. Weitere Ausbildungen in den Bereichen Sozialpädagogik, Medien und Personalführung folgten.

Sein Weg führte ihn unter anderem auch nach Kanada. Im Rahmen seines Dienstes in der Bundeswehr ist Helge Schwab weit herumgekommen: Kroatien, Bosnien, Serbien, Afghanistan und die Demokratische Republik Kongo sowie Gabun gehören zu seinen Stationen, wobei er sich zumeist um den Aufbau einer funktionierenden Sanitätsstruktur kümmerte.

Es kommt also nicht von ungefähr, dass nach seinem Einstieg in die Politik (2009) Erziehung, Gesundheit und Rettungsdienste zu seinen Schwerpunkten gehörten. Als dann die FREIEN WÄHLER 2021 in den Mainzer Landtag einzogen, wurde er deren Gesundheitspolitischer Sprecher, wobei ihm die Krankenhäuser besonders am Herzen lagen. Auch das kam nicht von ungefähr. Aus seiner Gremienarbeit für das Westpfalz-Klinikum brachte er einen reichen Erfahrungsschatz ein.

„Ich habe mich nie davor gescheut, Verantwortung zu übernehmen. Auch nicht in politisch schwierigen Zeiten“, sagt Helge Schwab über sich. Er betont aber auch, dass ihm die politische und parlamentarische Arbeit nach wie vor viel Freude bereitet. Was ihn am politischen Alltag stört? „Die parteiübergreifende Arbeit könnte besser sein. Ich finde es schade, dass Anträge entweder zerredet oder gänzlich abgelehnt werden, nur weil sie von der Opposition kommen. Es ist nicht die Zeit, Fraktionsegoismen zu pflegen. Und: Wir müssen für alle Bürger da sein“, betont Schwab. „Es geht schließlich um unsere Bürgerinnen und Bürger und um unser Rheinland-Pfalz.“



Helge Schwab, MdL. Foto: Reinhard Kallenbach



Die finanzielle Ausstattung der Kommunen durch das Land muss verbessert werden. Foto: Wilfried Wende/Pixabay

## Finanzielle Lage der Kommunen bleibt schwierig

### FW-Gruppe fordert strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips

**MAINZ.** Die kommunalen Finanzen sind weiterhin ein Schwerpunktthema der FREIEN WÄHLER im Landtag Rheinland-Pfalz. Der von der Landesregierung versprochene Befreiungsschlag, bestehend aus der Novellierung des Landesfinanzausgleichsgesetzes und der Altschuldenerlösung, blieb Stand jetzt aus.

Ganz im Gegenteil: Die Haushaltslage hat sich in vielen rheinland-pfälzischen Gemeinden erneut verschlechtert. Der Spielraum eigenständig gestalterisch tätig zu werden, ist für die Verantwortlichen in den Kommunen kaum noch gegeben.

Dem Kommunalen Finanzausgleich (KFA) fehlt es schlichtweg an originären Landesmitteln, denn der Aufwuchs in den Schlüsselzuweisungen kann mit den steigenden Belastungen auf der Ausgabe Seite nicht Schritt halten, weil immer mehr Aufgaben auf Städte, Kreise, Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden abgewälzt

werden. In der Konsequenz haben wir deshalb im Januar-Plenum von der Landesregierung gefordert, zumindest die Evaluation des KFA, die für 2026 geplant ist, vorzuziehen. Die regierungstragenden Fraktionen haben diesen Vorschlag jedoch abgelehnt.

Wir werden den Druck auf das Innen- und Finanzministerium jedoch weiter hoch halten, denn wenn nicht bald gegengesteuert wird, wird die chronische Unterfinanzierung unserer Kommunen noch gravierender. Neben einer besseren Finanzausstattung ist für uns als parlamentarische Gruppe entscheidend, dass sich alle Ebenen strikt an das Konnexitätsprinzip halten, das übrigens in Artikel 104a, Absatz 1 des Grundgesetzes fest verankert ist.

Frei und einfach übersetzt heißt das: Wer bestellt, bezahlt. Das Konnexitätsprinzip wird aber nur bedingt eingehalten. Das wird am Beispiel der Kindertagesstätten in kommunaler Trägerschaft deutlich. Oft sind die

Zuschüsse bei Neubaumaßnahmen nicht so hoch wie sie eigentlich sein könnten. Trotzdem sind die Kommunen verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die gesetzlich garantierten Kita-Plätze in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Ein anderer Fall sind Investitionen in die Infrastruktur.

Als konkretes Beispiel sei hier die Pfaffendorfer Brücke genannt. Hier übernimmt die Stadt Koblenz einen großen Teil der Belastungen, obwohl die Brücke eine wichtige Anbindung an eine Bundesstraße (B42) ist.

All dies zeigt: Unsere Kommunen können langfristig ausgeglichene Haushalte nur dann aufstellen, wenn sie gemäß des Konnexitätsprinzips unterstützt werden. Seitdem die FREIEN WÄHLER im Mainzer Landtag vertreten sind, haben sie fast jede Plenarsitzung genutzt, um für eine bessere Unterstützung der Kommunen zu werben. Sie werden dies selbstverständlich weiter tun.

### Kurz notiert

#### Politik, die auch für morgen denkt

Nachdem sich die Fraktion der FREIEN WÄHLER im Landtag Rheinland-Pfalz aufgelöst hatte, mussten die Fraktionsangestellten aufgrund einer völlig unklaren Rechtslage plötzlich und ohne Absicherung gekündigt werden. Ein unhaltbarer Zustand, den wir so nicht stehen lassen konnten. Deshalb bringen wir einen Gesetzesentwurf in den Landtag ein, der Fraktionen in Liquidation erlaubt, für eine Übergangszeit Gehälter weiterzuzahlen. Natürlich bleiben Kündigungen möglich, sie sollen aber künftig nicht mehr plötzlich und unabsichtlich erfolgen. Damit schaffen wir rechtliche Klarheit und sozialen Schutz. Wer engagiert für eine Fraktion arbeitet, soll nicht ins Bodenlose fallen, nur, weil sich Mehrheiten verändern. Mit Blick auf bewährte Lösungen anderer Bundesländer setzen wir als FREIE WÄHLER ein klares Signal für Fairness und Verantwortung im politischen Betrieb.

#### Schuldenpaket nicht nur zu Lasten der Länder

Der alte Bundestag hat in einer Sondersitzung auf den letzten Drücker grünes Licht für eine Lockerung der Schuldenbremse bei den Verteidigungsausgaben und für ein Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro für Investitionen in die Infrastruktur gegeben. „Ich erwarte Antworten, was die Möglichkeit einer strukturellen Neuverschuldung der Länder für Rheinland-Pfalz und insbesondere der Kommunen bedeutet“, betont Helge Schwab (MdL). Der Vorsitzende der parlamentarischen Gruppe FREIE WÄHLER im Landtag Rheinland-Pfalz ergänzt: „Wir erwarten, dass der Rechtsgrundsatz des Konnexitätsprinzips, der auch in Artikel 104a des Grundgesetzes verankert ist, eingehalten wird. Das bedeutet: Wer bestellt, bezahlt. Denn es kann nicht sein, dass auch die chronisch unterfinanzierten Kommunen in Rheinland-Pfalz mit Kosten belastet werden, die sie gar nicht zu verantworten haben.“

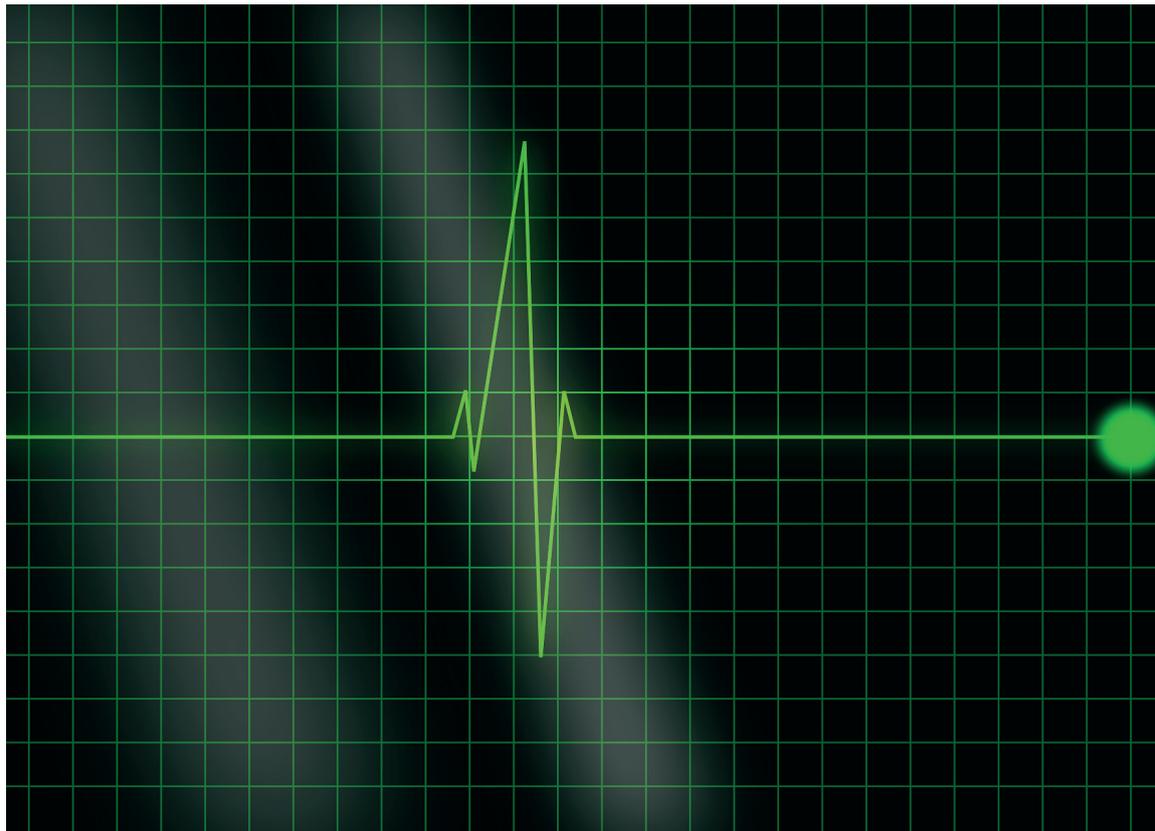
**Kurz notiert**

**Corona-Politik endlich umfassend aufarbeiten**

Fünf Jahre nach dem Beginn der Corona-Pandemie sind auch in Rheinland-Pfalz viele Fragen unbeantwortet geblieben. Trotz der auch von den FREIEN WÄHLERN im Landtag angestoßenen Expertenanhörung im Gesundheitsausschuss fehlt es weiterhin an belastbaren Erkenntnissen darüber, welche gesundheitlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen die damaligen Maßnahmen wirklich hatten. Die Gruppe FREIE WÄHLER fordert deshalb eine erneute, unabhängige und breit angelegte Aufarbeitung der Pandemiepolitik – als Grundlage für bessere politische Entscheidungen in künftigen Krisen. „Es geht uns nicht um Schuldzuweisungen, sondern darum, aus der Vergangenheit zu lernen“, betont Vorsitzender Helge Schwab. „Wir brauchen eine ehrliche Analyse: Was war nötig? Wo gab es Fehlentwicklungen? Und wie können wir künftig schneller, gezielter und mit weniger Nebenwirkungen handeln?“, ergänzt Lisa-Marie Jeckel, gesundheitspolitische Sprecherin der Gruppe.

**Freiwilligendienste attraktiver machen**

Lisa-Marie Jeckel, jugendpolitische Sprecherin der Gruppe FREIE WÄHLER, hat sich im Rahmen eines Treffens mit Freiwilligendienstleistenden im Mainzer Deutschhaus intensiv über deren Erfahrungen, Herausforderungen und Wünsche ausgetauscht. Für sie sind die Gespräche die Basis für weitere parlamentarische Initiativen rund um den Freiwilligendienst. „Es ist wichtig, dass wir junge Menschen nicht nur für einen Freiwilligendienst begeistern, sondern ihnen auch angemessene Rahmenbedingungen bieten. Eine faire finanzielle Absicherung, bessere Zugangsmöglichkeiten und eine stärkere öffentliche Wahrnehmung sind essenziell, um die Beteiligung weiter zu erhöhen“, ist Jeckel überzeugt.



Lässt die Landesregierung unsere Kliniken bewusst kaputtgehen? Symbolbild: Pixabay

**Unsere Kliniken sind selbst Intensivpatienten**

**FREIE WÄHLER kritisieren Politik der Landesregierung als grob fahrlässig**

**MAINZ.** Die finanzielle Schieflage des Verbundkrankenhauses Linz-Remagen zeigte jüngst erneut die dramatische Situation vieler Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz. Die Gruppe FREIE WÄHLER im Landtag Rheinland-Pfalz fordert von der Landesregierung konstruktive Beiträge zur Linderung der Insolvenzgefahr, die aktuell besonders Kliniken im nördlichen Landesteil betreffen.

„Unsere Kliniken sind selbst Intensivpatienten. Es kann doch nicht sein, dass immer mehr Krankenhäuser unter wirtschaftlichen Druck geraten. Insolvenzverfahren sind, auch wenn sie in Eigenverwaltung erfolgen, kein zukunftsfähiges Konzept, sondern ein Ausdruck der verfehlten Krankenhauspolitik der vergangenen Jahre. Es kann nicht sein, dass die Träger am Ende alleingelassen werden“, so Lisa-Marie Jeckel, gesundheitspolitische Sprecherin der parlamentarischen Gruppe FREIE WÄHLER. Diese setzt sich für eine Krankenhausreform ein, die die Finanzierung der Häuser lang-

fristig sichert und eine wohnortnahe, qualitativ hochwertige medizinische Versorgung auch im ländlichen Raum garantiert. „Steigende Energiekosten, höhere Tarife für das medizinische Personal und der Rückzug von Trägern aus der stationären Versorgung – wie von der DRK-Trägersgesellschaft angekündigt, machen deutlich, dass wir ein neues Finanzierungsmodell für unsere Krankenhäuser brauchen. Es muss Schluss damit sein, dass wirtschaftliche Interessen über die medizinische Versorgung der Bevölkerung gestellt werden“, betont die Landtagsabgeordnete.

Scharfe Kritik übt Lisa-Marie Jeckel an der Intransparenz des Gesundheitsministeriums unter Minister Clemens Hoch (SPD). „Es ist bezeichnend, dass das Ministerium regelmäßig Runde Tische und Gespräche zu Klinikschließungen führt, aber in den Ausschüssen und teils in der Öffentlichkeit stets betont, keine Details vorab preisgeben zu wollen. Diese Geheimniskrämerei ist nicht hinnehm-

bar. Die Bürger sowie die betroffenen Kommunen haben ein Recht darauf, frühzeitig in die Entscheidungen über die Zukunft ihrer Krankenhäuser einbezogen zu werden“, so Jeckel. Die FREIEN WÄHLER fordern daher eine ehrliche Diskussion über die Zukunft der Krankenhauslandschaft in Rheinland-Pfalz. „Vor allem brauchen wir schnellstmöglich ein tragfähiges Konzept zur Sicherung der Krankenhausstandorte in Rheinland-Pfalz“, betont die Abgeordnete.

**Impressum**

*Herausgeber:* FREIE WÄHLER Gruppe im Landtag RLP Kaiser-Friedrich-Straße3 55116 Mainz

*Verantwortlich:* Vorsitzender Helge Schwab, MdL Redaktion: Dr. Sebastian Syndikus, Dr. Dr. Reinhard Kallenbach

geschaeftsstelle@gruppe-fw.landtag.rlp.de  
www.fw-landtag-rlp.de